

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 848 ppbn d

Inhalt

Rolf Wernstedt MdL beleuchtet die derzeitige Lage der Albrecht-Regierung: Niedersachsens CDU ist kopflös.
Seite 1

Klaus-Henning Rosen analysiert die Situation der Rumäniendeutschen: Stärkt die Minderheiten.
Seite 3

Erwin Horn MdB und Peter Zumkley MdB plädieren für Gespräche zwischen den Verteidigungsministern: Ist ein Treffen Scholz/Keßler wünschenswert?
Seite 5

43. Jahrgang / 153

12. August 1988

Niedersachsens CDU ist kopflös

Albrecht kommt ins Trudeln

Von Rolf Wernstedt MdL

Stellvertretender Vorsitzender der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion

Der Verfall des politischen Ansehens der CDU auf Bundesebene wird in Niedersachsen durch hausgemachte Regierungsskandale und Verfallserscheinungen in der CDU-Führung rasant beschleunigt. Teile des Polizeiapparates sind dem Innenminister und CDU-Landesvorsitzenden Hasselmann aus dem Ruder gelaufen. Zur Aufklärung dieser Skandal-Kette hat ihm der Ministerpräsident einen Staatsanwalt als Sonderermittler ins Haus gesetzt. Da gibt es den bis heute nicht bestrittenen Vorgang, daß der niedersächsische Verfassungsschutz in Kenntnis und mit Billigung des Ministerpräsidenten Albrecht ein Loch in die Gefängnismauer in Celle gesprengt hat. Der Ministerpräsident hat die getürkte Sprengung, mit der Schwerstkriminelle in den Kern der RAF eingeschleust werden sollten, im Landtag damals als großen Sieg gefeiert. Ein Untersuchungsausschuß des Landtags ermittelt seit Monaten. Da gibt es weiter den Spielbankenskandal, der den Ministerpräsidenten ins Zwielicht stellt, die Regierung lähmt und die CDU-Führung kopflös macht. Das Versagen des Innenministers und seines Staatssekretärs bei der Rechtsaufsicht ist mittlerweile so gut wie nachgewiesen.

Über die Hintergründe der Konzessionsvergabe und den Versuch der verdeckten Parteienfinanzierung von CDU und FDP über heimliche Beteiligungen an den Spielbanken und ihren Gewinnen wird die kommende Woche mehr Klarheit bringen. Dann sagen Albrecht und der frühere CDU-Wahlkampfberater Laszlo von Rath vor dem Untersuchungsausschuß als Zeugen aus. Rath will von der CDU drei bis vier Millionen DM erhalten haben und behauptet, Hasselmann und Albrecht hätten Anfang der 70er Jahre akzeptiert, daß die CDU Niedersachsen über einen Strohhalm, nämlich von Rath, Anteile an der Spielbank Bad Harzburg/Hittfeld halten und mit den Gewinnen die Parteikasse aufgefüllt werden sollte.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Pressefiktive Umsetzung
mit recyceltem Rohpapier
Recycling-Papier



Obwohl die Vorgänge noch nicht bewiesen sind, reagiert die CDU hilf- und kopflos. Hasselmann wird auch aus den eigenen Reihen gedrängt, für 1990 nicht mehr als Abgeordneter zu kandidieren. Er dementierte, doch die Gerüchte bleiben. Umweltminister Remmers bringt mit schneller Zunge seinen eigenen Ministerpräsidenten in Schwierigkeiten, indem er Rita Süßmuth als geeignete Nachfolgerin nennt. Nach heftiger Kritik muß er dementieren und einen Rückzieher machen. Albrecht will sich über seine erneute Spitzenkandidatur für die CDU bei der nächsten Landtagswahl vorerst nicht äußern. Kurzum: Im Augenblick geht es in Niedersachsens CDU drunter und drüber, jeder fällt über jeden her, Endzeitstimmung einer Regierungspartei.

Wie ist das zu erklären? Natürlich sind die Spielbanken- und Celler-Loch-Affäre und die Polizei-Skandale nur Symptome einer verbrauchten und kraftlosen Regierung, der die moralische Legitimation entschwindet. Seit 1976 lebt die Regierung Albrecht ohnehin mehr vom Schein als vom Sein. Mit der Diskussion um die mögliche Nachfolgekandidatin Süßmuth werden vielleicht Zeitungspalten und Fernsehsendungen gefüllt, nicht aber die Probleme des Landes gelöst. Die katastrophale Wirtschafts- und Finanzsituation und der Rückstand in der Ausbildungs- und Forschungspolitik sind Erbe der „Albrecht-Politik“.

Die Agonie der CDU Niedersachsen und ihrer Führungsspitze, von denen keiner mehr in der Lage zu sein scheint, einen klaren Gedanken zu fassen, darf aber nicht zur permanenten Regierungs- und Staatskrise führen. Albrecht ist gewählt, um zu entscheiden und nicht, um sich Entscheidungen zu entziehen. Der demokratisch sauberste Weg zur Lösung der Krise sind Neuwahlen, damit die Bürger wie in Schleswig-Holstein ihr Urteil fällen können. (-/12.8.1988/vo-he/st)

* * *

Stärkt die Minderheiten

Gegen Menschenrechtspolitik mit dem Scheckbuch

Von Klaus-Henning Rosen

Mitglied der Arbeitsgruppe Menschenrechte der SPD-Bundestagsfraktion

Um vorweg klarzustellen: Die in Rumänien lebenden deutschen Volkszugehörigen sind Staatsbürgerinnen und Staatsbürger der Sozialistischen Volksrepublik Rumänien. Mit anderen Worten: Sie sind für uns nicht Hebel für eine Neuaufgabe von Volkstumspolitik. Sie besitzen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Wenn sie heute in die Bundesrepublik Deutschland übersiedeln, so ist das weder eine Flucht noch das Ergebnis einer Vertreibung; nur über eine extensive Interpretation von Artikel 118 GG wird das Bundesvertriebengesetz auf diese vor Hunderten von Jahren aus deutschen Provinzen nach Südosteuropa Ausgewanderten anwendbar. Ungeachtet aller juristischen Verpflichtungen hat sich die Bundesrepublik aber zu Recht immer darum bemüht, diese Menschen hier aufzunehmen, wenn sie aufgrund der ethnischen Verbundenheit nach Deutschland zurückkehren wollten.

Die Schätzungen über die Zahl der Deutschstämmigen in den Staaten des Warschauer Paktes sind nicht präzise, sie schwanken zwischen dreieinhalb und vier Millionen, wobei die Sowjetunion mit mehr als zwei Millionen die größte deutschstämmige ethnische Minderheit aufweist. Eine Million haben nach Abschluß der kriegsbedingten Vertreibungsmaßnahmen diese Länder verlassen.

Die Diskussion um die deutschstämmigen Rumänen kommt nicht von ungefähr. Ihre schwierige wirtschaftliche und kulturelle Lage hat den Deutschen Bundestag mehrfach beschäftigt, die SPD hat sich im vergangenen Jahr unter Führung von Hans Koschnick eingehend über die Lage der Siebenbürgendeutschen informiert. Fast drei Viertel Millionen Deutschstämmige wurden in der Bevölkerungsstatistik Rumäniens im Jahre 1930 gezählt, in einem Volk von 18 Millionen stellten sie damals mehr als vier Prozent. Adolf Hitler holte einen Teil von ihnen „heim ins Reich“, Zwangsumsiedlungen und Vertreibung dezimierten ihre Zahl ein weiteres Mal. Bei der Volkszählung 1977 war die Gruppe auf die Hälfte des Bestandes von 1930, das heißt 386.000 geschrumpft, das war ein Anteil von weniger als zwei Prozent an der Bevölkerung. Seither hat eine kontinuierliche Abwanderung stattgefunden, und Schätzungen über die aktuelle Größe der Volksgruppe liegen bei 230.000 = 1,2 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Wenn der evangelische Hermannstädter Bischof Albrecht Klein seine Besorgnis über Pläne der Bundesregierung ausgedrückt hat, die Aussiedlung zu forcieren, so wußte er, wovon er spricht. Denn er, der Sprecher der Rumäniendeutschen, hat seit Jahren miterleben müssen, wie die Bedingungen für das Überleben der Gruppe schwieriger geworden sind. Es sind Pfarrer und Lehrer abgewandert, die durch ihre Arbeit eine der Hauptvoraussetzungen für den Zusammenhalt der Gruppe geliefert hatten. Die Reaktion von Sprechern der Bundesregierung, die „Verwunderung“ über den Siebenbürger Bischof äußerten, lag neben der Sache, denn dessen Kritik, die Bundes-

regierung „ermuntere“ die Deutschstämmigen, ihr Land zu verlassen, ist im Ergebnis berechtigt. Nicht anders nämlich wirkt die jetzt auslaufende, vor zehn Jahren mit der rumänischen Regierung getroffene Vereinbarung, im Jahr etwa 10.000 deutschen Volkszugehörigen die Ausreise zu ermöglichen. Für die rumänische Regierung, die ihre Vereinbarung mehr als erfüllt hat, war dies eine lukrative Angelegenheit, denn für jeden Ausreisenden erhielt sie ein „Kopfgeld“ von etwa 8.000 DM. Da für jeden aus der deutschen Minderheit also eine berechenbare Chance bestand, daß seinem Antrag auf Ausreise in das Wirtschaftswunderland Bundesrepublik zu irgendeinem Zeitpunkt würde entsprochen werden, ist es sicher nicht verkehrt, wenn Bischof Klein der Regierungsvereinbarung die Wirkung beimißt, sie habe die Auswanderung „ermutigt“.

Durch Vorgänge um die zahlenmäßig größte rumänische Minderheit - der Ungarn - ist die rumänische Minderheitenpolitik unlängst heftig ins Gerede gekommen. Dabei muß man zunächst wissen, daß die rumänische Verfassung (Artikel 17) allen rumänischen Bürgern ohne Ansehen ihrer nationalen Identität, Rasse, des Geschlechts, oder ihrer Religion gleiche Rechte auf allen Gebieten einräumt. Nationalchauvinistische Propaganda, rassistische oder nationalistische Diskriminierung wird von Gesetzes wegen verfolgt. Artikel 30 der Verfassung garantiert Gewissensfreiheit und das Bekenntnis zu einem religiösen Glauben. Nun weiß man, daß nicht immer die Verfassungswirklichkeit dem geschriebenen Wort entspricht. Bezogen auf die Ungarn, die etwa acht Prozent der Gesamtbevölkerung stellen, war das Zusammenleben mit den Rumänen nie spannungsfrei. Das rührt daher, daß ihr Hauptsiedlungsgebiet, Siebenbürgern, erst nach dem Ersten Weltkrieg durch den Friedensvertrag von Trianon zu Rumänien kam. Das starke ungarische Nationalgefühl war für die Rumänen Anlaß zu steter Sorge. Gegenüber den Deutschen gab es diese Sorge nicht, denn sie hatten sich freiwillig in die Gebiete begeben, aus denen im vergangenen Jahrhundert Rumänien entstand, und hatten Seite an Seite mit den Rumänen für die Unabhängigkeit und deren Verteidigung gekämpft. Der neuerliche Streit entzündete sich an den Plänen der rumänischen Regierung, „Agrarindusiezentren“ zu schaffen, die an die Stelle der dörflichen Siedlungen treten sollen. Mehr als 10.000 rumänische Dörfer sind bis zum Jahr 2000 zur Schleifung vorgesehen und der Verdacht ist nicht von der Hand zu weisen, daß die rumänische Regierung diese durch wirtschaftliche Überlegungen möglicherweise zu rechtfertigenden Maßnahmen auch dazu nutzen will, um die ethnischen Minderheiten in ihrer Kraft zu schwächen. Dies wiederum hätte nicht nur die Ungarn getroffen sondern auch die Deutschen, deren Hauptsiedlungsgebiete - neben den Städten Hermannstadt (Sibiu) und Kronstadt (Brasov) - in dörflichen Gebieten Siebenbürgens und des Banat liegen. Die Mahnung des Bischofs Klein, diesem Prozeß einer möglicherweise systematischen Schwächung der Volksgruppe nicht durch erhöhten Auswanderungsdruck noch zusätzliche Nahrung zu geben, ist also durchaus berechtigt.

Leider hat es auch andere Hinweise gegeben, die den Vorwurf stützen, die Regierung wolle das rumänische Element einseitig aufwerten: Von jugoslawischer Seite wird über die Zurückdrängung der serbischen Sprache geklagt, alle Volksgruppen erhalten weniger Geld für Kulturbelange. Gerade die Ungarn, die den Pressionen durch eine unter sozialistischen Bruderländern einzigartige Flucht auszuweichen suchen, haben heftig auf die zwischen Rumänien und der Bundesrepublik diskutierte Ausweitung der deutschen Rückwanderung reagiert. Minderheitenprobleme löst man nicht, indem man die Minderheiten „exportiert“. Und umso befremdlicher wäre es, wenn man denen, die Minderheitenrechte gering achten, ihr Handeln mit dem Scheckbuch noch belohnt.

Über die Behandlung von ethnischen Minderheiten sind in den letzten Jahren - unter Mitwirkung Rumäniens - eine ganze Reihe von Festlegungen getroffen worden, auf UN-Ebene und nicht zuletzt im Rahmen des KSZE-Prozesses. An deren Einhaltung sollte man die rumänische Regierung mahnen. Ziel unserer Politik müßte es sein, die kulturellen und, wo nötig, auch die ökonomischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß den Deutschstämmigen das Bleiben erleichtert wird. Je mehr auswandern, umso schwächer wird die Gruppe. Man sollte sich auch darüber klar sein, daß Kulturwerte verloren gehen. Wir arbeiten auf ein Europa hin, das aus der Vielfalt der Völker neue Kraft gewinnt. Warum also in Südosteuropa den entgegengesetzten Weg gehen, zumal wenn das deutsche Element betroffen ist, das über Jahrhunderte einen bereichernden Beitrag geleistet hat. Hierauf bezogen sich die besorgten Worte von Bischof Klein, der es verdient, daß man ihn ernst nimmt.

(-/12.8.1988/vo-he/st)

* * *

Ist ein Treffen Scholz-Keßler wünschenswert?

Fortschritte sind nur durch Gespräche möglich

Von Erwin Horn MdB

Obmann der SPD im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages

und Peter Zumkley MdB

Die DDR hat das Offenkundige, gleichwohl in Bonn Diskutierte, klargestellt:

DDR-Verteidigungsminister Keßler hat Bundesverteidigungsminister Dr. Scholz nicht eingeladen, auch kein konkretes Gesprächsangebot gemacht, aber er hat ein Treffen angeregt. Unter Hinweis auf die beim Washingtoner Abkommen über die doppelte Null-Lösung vorgeschlagenen und inzwischen laufenden Gespräche zwischen den Verteidigungsministern und Generalstabschefs der USA und der Sowjetunion über Grundfragen der militärischen Doktrin und Strategie hob er die - konditionierte - Gesprächsbereitschaft von Verteidigungsminister Dr. Scholz hervor und erklärte, DDR-Selbständigkeit bekundend: „In der Tat könnte die Aufnahme ähnlicher Gespräche... nützlich und wichtig sein.“

Wohlgemerkt: Vor allem pries Keßler im Neuen Deutschland die politische Umorientierung, die sozialistischen Staaten nicht mehr auf unserem Boden verteidigen zu wollen, sondern dort, wo sie sind, und kritisierte NATO-Pläne zur „Kompensation“ der abzubauenen Pershing-Raketen. Offensichtlich liegt der DDR an der Glaubwürdigkeit der von ihr im Warschauer Pakt mitgetragenen neuen militärischen Defensivstrategie. Sie will Streitkräfte und Rüstungen „auf das unbedingt notwendige Maß an Verteidigungsfähigkeit beschränken“, und erklärt den beiderseitigen Abbau der Rüstungen zum „obersten Anliegen“. Hinweis darauf ist auch die Zusage der DDR für die kurzfristig angekündigte Inspektion eines Manövers von 14.000 sowjetischen und 500 DDR-Soldaten durch vier Offiziere der Bundeswehr.

Ob nun Anregung oder Vorschlag, der Gedanke eines Treffens Scholz-Keßler ist begrüßenswert, denn es ist ja sinnvoll, daß nicht nur die Weltmächte miteinander und unter anderem über die Deutschen sprechen, sondern daß auch die Deutschen miteinander sprechen. Bedauerlich ist allenfalls, daß - zumindest bislang - die Initiative nicht aus Bonn kommt. Gewiß, die Bundesregie-

zung läßt ihre sommerliche Stallwache prüfen, hoffentlich nicht ad infinitum. Bereits aufgetischte Bedenken eines deutschen Sonderweges sind abwegig. Selbstverständlich sind die Verbündeten zu konsultieren - vorher und nach Möglichkeit besser als die USA dies tun. Im übrigen kann niemand ernsthaft von einem DDR-Alleingang ausgehen. Noch abwegiger aber ist die Forderung des Verteidigungsobmannes der Unionsfraktion, Keißler müsse erst den Schießbefehl abschaffen. So wünschenswert das ist, und als Ergebnis auch notwendig, wer Vorleistungen fordert, will kein Treffen. Aber selbstverständlich hat der Schießbefehl Gesprächsgegenstand zu sein, wenn mit dem zuständigen DDR-Minister gesprochen wird. Im übrigen war der Schießbefehl während des Honecker-Besuchs offensichtlich außer Kraft gesetzt und bei einem Keißler-Besuch dürfte dies wohl auch gelten. Ziel muß es sein, daraus einen Dauerzustand zu machen und den Charakter der innerdeutschen Grenze vom Schrecken zum Vertrauen zu wandeln.

Fortschritte sind nur durch Gespräche möglich. Bei Verhandlungen ist ohnehin sauberlich zwischen deutsch-deutschen und Bündnis-Aspekten zu trennen. Gleichwohl sollte Keißlers Anregung aufgegriffen werden. Da er sich offensichtlich nicht so weit vortrauen konnte, einen konkreten Vorschlag für ein Treffen zu machen, sollte die Bundesregierung die Gelegenheit nutzen und selbst eine Einladung an Keißler aussprechen. Möglicherweise muß man damit bis nach der Moskauer Reise des Kanzlers warten, aber das dürfte auch für einige wichtige verteidigungspolitische Entscheidungen gelten. Außerdem böten beispielsweise die Herbstmanöver in der Bundesrepublik hinreichend Möglichkeit, vorzuführen, daß unsere Vorkehrungen sich ausschließlich an Verteidigung orientieren sollen, und DDR-Verteidigungsminister sowie Armeegeneral Keißler hätte zugleich die Möglichkeit der Dienstaufsicht bei seinen Manöverbeobachtern und könnte dafür sorgen, daß das Verbot aufgehoben wird, NVA-Offiziere zur Führungsakademie der Bundeswehr einzuladen, solange an der Grenze noch geschossen wird.

Verteidigungsminister Scholz hat, anders als sein Vorgänger, offenbar keine Berührungängste und spätestens seit seinen Haushaltsberatungen mit seinem Kollegen Stoltenberg weiß er, daß er von diesem weniger Erleichterung für langfristige Probleme der Bundeswehr zu erwarten hat, als sein DDR-Kollege bieten kann. Das sollte ein Treffen erleichtern. (-/12.8.1988/vo-he/st)

* * *